

Presseinformation

11. Oktober 2002

Kranzl stellte NÖ „Soziallandkarte“ vor

3.000 Exemplare werden in den nächsten 14 Tagen ausgesandt

Landesrätin Christa Kranzl stellte gestern in einer Pressekonferenz im NÖ Landhaus in St.Pölten eine Karte vor, die über alle sozialen Einrichtungen in Niederösterreich im Jahr 2002 Auskunft gibt. Zudem sind in einer dazugehörigen Auflistung alle diese Einrichtungen samt den Anschriften, den Telefonnummern und den e-mail-Anschlüssen enthalten. 3.000 Karten samt den Auflistungen werden in den nächsten vierzehn Tagen an jede Bezirkshauptmannschaft, an alle Gemeinden sowie an alle sozialen Einrichtungen und Institutionen verschickt werden.

Die Karte und die Auflistung seien eine Information für alle Betroffenen, aber auch für die verschiedenen Institutionen selbst, sagte Kranzl. Grundidee dieser niederösterreichischen Soziallandkarte sei es, den entsprechenden Überblick zu schaffen. Sie möchte das mit der Wirtschaft vergleichen: Dort funktioniert ein Markt umso besser, je besser aufgelistet die Vergleichsmöglichkeiten für die Konsumenten seien.

Die Informationen, die besonders in der beigefügten Auflistung nachzulesen sind, reichen von Einrichtungen wie den Kinderschutzzentren über die sozialpädagogischen Tagesgruppen, Kinder- und Jugendheimen und Frauenberatungsstellen bis zu den Frauenhäusern, von der Schuldnerberatung und den Obdachloseneinrichtungen bis zum Psychosozialen Dienst mit allen seinen Zweigstellen, von den Sucht- und Drogenberatungsstellen bis zur Flüchtlingsberatung, von den Sozialstationen und den Behinderteneinrichtungen bis zu den Landes-Pensionisten- und Pflegeheimen, von den privaten Heimen bis zu den Hospizinitiativen und der Waldschule Wiener Neustadt.

Die Heizkosten seien unverändert hoch, beleuchtete Kranzl einen weiteren Punkt. Sie werde daher im nächsten Landtag wieder einen Antrag einbringen, dass der Heizkostenzuschuss an Menschen mit geringerem Einkommen auch im kommenden Winter so wie in den vergangenen Jahren ausbezahlt werde. Zur Asylpolitik in Niederösterreich, besonders in Traiskirchen, meinte sie, sie halte das, was derzeit passiere, für unmenschlich. Jeder habe das Recht, einen Antrag zu stellen. Dieser Antrag sei in kürzestmöglicher Zeit abzuwickeln und die



Presseinformation

Entscheidung zu fällen, ob jemand berechtigt sei, in Österreich leben zu dürfen, oder ob er wieder in das Herkunftsland zurückkehren muss. Dass sei aber derzeit ein Problem, da die Frist von der Erstellung eines Asylantrages bis zur Ersteinvernahme bis zu 8 Monaten dauere. Kranzl meinte, es wäre dringend notwendig, in erster Linie die entsprechenden Personalressourcen aufzustocken.